

Gebührenexplosion in Österreich: Reisepass bleibt vorerst günstig!

In Österreich bleiben Gebühren für Reisepässe und Personalausweise bis auf Weiteres stabil, während andere Abgaben steigen.



Graz, Österreich - Am 6. April 2025 bleibt die Erhöhung der Gebühren für Reisepass und Personalausweis in Österreich vorerst aus. Wie **5min.at** berichtet, war ursprünglich eine Erhöhung um mehr als 40 Prozent geplant, um das Haushaltsdefizit auszugleichen. Diese Maßnahme wurde jedoch durch eine Mitteilung des Finanzministeriums vorerst suspendiert. Die Möglichkeit einer Gebührenanpassung für Reisepässe könnte frühestens ab dem 1. Juli 2025 eintreten.

Die Situation der Gebühren steht im Kontrast zu verschiedenen anderen Erhöhungen, die ab dem 1. April 2025 in Kraft treten. Zu diesen zählen unter anderem eine Anhebung der Gerichtsgebühren um 23 Prozent, die die Kosten für Grundbuch-

und Firmenbuchauszüge sowie einvernehmliche Scheidungen betreffen. Des Weiteren steigen die Gebühren auf Wetten und Tabakprodukte, während auch E-Autos durch die Einführung einer motorbezogenen Versicherungssteuer teurer werden, wie **finanz.at** analysiert.

Steigende Lebenshaltungskosten

Mit diesen Erhöhungen müssen sich die Haushalte auf einen allgemeinen Anstieg der Lebenshaltungskosten einstellen, der seit Jahresbeginn bereits bei 3,3 Prozent liegt. Die durchschnittliche Mehrbelastung für einen Haushalt summiert sich seit 2020 auf etwa 309 Euro jährlich. Die Einführung einer neuen Wettgebühr, die von 2,0 auf 5,0 Prozent angehoben wird, führt zu zusätzlich erwarteten Mehreinnahmen von etwa 50 Millionen Euro.

- Gerichtsgebühren: +23 % (ab 01. April 2025)
- Internet- und Handytarife: +2,9 % (ab 01. April 2025)
- Wettgebühr: von 2,0 % auf 5,0 % ab 01. April 2025
- Steuererhöhungen auf Tabakprodukte: Zigaretten und E-Zigaretten

Die Anhebung der Tabaksteuer führt auch zu höheren Preisen, wobei der durchschnittliche Anstieg für Zigaretten bei 0,30 Euro pro Packung und für Tabak-Erhitzer bei bis zu 0,50 Euro liegt. Unabhängig davon ist eine geplante Erhöhung der Tabaksteuer von bis zu 80 Prozent in den kommenden Jahren zu erwarten, was eine signifikante Mehreinnahme von rund 50 Millionen Euro ab April 2025 zur Folge hat. Vor einem Jahr brachte die Tabaksteuer im Land Einnahmen von insgesamt 2,14 Milliarden Euro.

Geplante Änderungen im Mietbereich und bei PV-Anlagen

Die potenzielle Erhöhung der Mieten, die 2025 in Kraft treten

sollte, wird nun ausgesetzt, bietet jedoch nur eine kurzfristige Entlastung für mehr als 300.000 Haushalte, die in Altbauwohnungen oder teilweise in Gemeindewohnungen leben. Die Mieterhöhungen, die ab 2026 in zweigeteilten Stufen von insgesamt 1,0 % und 2,0 % durchgeführt werden sollen, könnten die finanzielle Belastung der Haushalte dennoch erhöhen.

Zusätzlich werden die Umsatzsteuerbefreiungen für kleinere Photovoltaikanlagen ab April aufgehoben, was ebenfalls als eine Maßnahme gilt, um die gesamtwirtschaftliche Lage zu stabilisieren.

Mit der aktuellen Teuerungsrate und den bevorstehenden Änderungen sehen sich die österreichischen Haushalte einer finanziellen Herausforderung gegenüber. Die Sicherstellung einer fairen Steuer- und Gebührenstruktur bleibt somit ein zentrales Thema in der politischen Diskussion. Weitere Informationen zu Lebenshaltungskosten finden Sie auf **Bankaustria**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Graz, Österreich
Quellen	• www.5min.at • www.finanz.at • www.bankaustria.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at